

Volksinitiative für «Husi» an Mittelschulen

Ein breit abgestütztes Komitee mit Mitgliedern aus allen Parteien hat am Dienstag die Volksinitiative «Ja zur Husi» lanciert. Haushaltkurse an Mittelschulen sollen weiterbestehen. Die Initianten halten das für gesellschaftspolitisch wichtig.

sda

Das Initiativkomitee «Ja zur Weiterführung der Haushaltkurse an kantonalen Mittelschulen» hat in Bülach die Unterschriftensammlung offiziell gestartet. Die Initiative verlangt eine Änderung des Mittelschulgesetzes: «Im Lehrplan für das 10. und 11. Schuljahr soll neu eine Grundausbildung in Ernährungs- und Gesundheitslehre, Kochen, Haushaltführung, Werken und Nähen in Form eines dreiwöchigen Internatskurses» vorgeschrieben werden.

Die vom Regierungsrat beschlossenen Sparmassnahmen von 1997 und 2004 seien rückgängig zu machen, verlangen die Initianten. Vor sieben Jahren wurden die Haushaltkurse reduziert, und 2004 an den kantonalen Schulen ganz abgeschafft. Das «Husi»-Obligatorium wurde im Kanton Zürich 1931 für Mädchen eingeführt, 1986 wurde es im Zuge des Gleichstellungsgesetzes auf Buben ausgeweitet.

Das Initiativkomitee begründet den Vorstoss vor allem gesellschaftspolitisch. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) fordere wegen der prekären Ernährungssituation bei Kindern (Übergewicht ect.) eine Verbesserung der Kenntnisse in Ernährungslehre und Haushaltkunde. Es sei daher unverständlich und Hausnummer, dass die Zürcher Regierung gegen den Willen des Kantonsrates die Haushaltkurse an den Mittelschulen streiche.

Sparen im Bildungsbereich sei unumgänglich, sagte der Grüne Nationalrat Martin Bäuml vor den Medien. Ein Teil der beschlossenen Kürzungen, auch jene bei der «Husi», seien jedoch «kurzsichtig und gefährlich». Das Komitee ist parteipolitisch breit abgestützt. Ihm gehören auch Leute von Gewerkschaften, Kantonsrätinnen und Kantonsräte von SP, EVP, CVP, FDP und SVP an.

Auch andere bildungspolitischen Sparscheide der Regierung sind umstritten: Neben der jüngsten, laufen zurzeit drei weitere Volksinitiativen, die Beschlüsse rückgängig machen wollen. Es sind dies die Volksinitiativen «für die Weiterführung des Faches Biblische Geschichte an der Primarschule, «gegen den Abbau von Handarbeitsstunden in der Primarschule» und ein Volksbegehren, das Frühenglisch erst ab der dritten Primarklasse und Französisch erst ab der Oberstufe verlangt.



Bild: Heinz Diener

Küchenarbeit gehört zur Allgemeinbildung, argumentieren die Initianten.